

Am Sonntag Geschäfte zu in Offenbach

Handel: Stadt akzeptiert Entscheidung von Gericht

OFFENBACH. Nach dem Kippen des verkaufsoffenen Sonntags zeitgleich zum »Neujahrsmarkt« in Offenbach verzichtet die Stadt auf Rechtsmittel gegen die Entscheidung.

Das Verwaltungsgericht Darmstadt hatte die Ausnahmegenehmigung im Eilverfahren gestoppt. Es argumentierte nach Angaben eines Gerichtssprechers damit, dass der »Neujahrsmarkt« die Hauptsache sein müsse bei einem verkaufsoffenen Sonntag, nicht die geöffneten Geschäfte. Dies konnte das Gericht aber nicht erkennen. Verdi hatte im Auftrag der »Allianz für den freien Sonntag«, zu der auch kirchliche Organisationen gehören, gegen die geplante Sonntagsöffnung geklagt. Der »Neujahrsmarkt« dauert vom 27. Dezember bis zum 3. Januar. *dpa*

NACHRICHTEN

Keine Hinweise auf geflohenen Häftling

GELNHAUSEN. Von dem Häftling, der in Gelnhausen aus dem Amtsgericht geflohen ist, fehlt weiter jede Spur. Der mehrfach vorbestrafte 34-Jährige war am Montag in einer Verhandlungspause aus einem Toilettenfenster des Gerichts vier Meter in die Tiefe gesprungen und weggerannt. In Abwesenheit wurde er wegen versuchter Vergewaltigung, Nachstellung und Körperverletzung zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Er soll unter anderem seine frühere Freundin, eine heute 17-Jährige, massiv verfolgt, belästigt und mehrmals verletzt haben. *dpa*

Stadt will NPD-Mann nicht beschäftigen

FRANKFURT. Die Stadt Frankfurt will trotz eines Beschlusses des Arbeitsgerichts einen Büroangestellten wegen seiner führenden NPD-Mitgliedschaft nicht weiterbeschäftigen. Die Kommune habe beschlossen, Berufung vor dem Landesarbeitsgericht einzulegen, sagte Wolfgang Hopp, Leiter des städtischen Personal- und Organisationsamts. Das Arbeitsgericht hatte entschieden, dass die außerordentliche und später ordentliche Kündigung unwirksam seien. *dpa*

Stinkbombe in Disko: 300 Tanzende raus

SCHWEINFURT. Wegen einer Stinkbombe in einer Diskothek mussten am frühen Heiligabend in Schweinfurt rund 300 Besucher ihre Party abbrechen. Zunächst vermuteten Polizeibeamte einen Anschlag mit Buttersäure, die Ursache des Gestanks war jedoch eine andere, unbekannt, stark stinkende Substanz. Drei Gäste klagten nach der Evakuierung des Gebäudes über Unwohlsein. Wer die Stinkbombe geworfen hat, ist unklar. *dpa*

1,5 Millionen EU-Geld für DNS-Forschung

WÜRZBURG. Die Biochemikerin Katrin Paeschke hat einen bedeutenden EU-Forschungspreis erhalten. Der »Starting Grant« des Europäischen Forschungsrats (ERC) ist mit 1,5 Millionen Euro dotiert. Paeschke kann mit dem Geld in den kommenden fünf Jahren ihre Arbeit an der Uni Würzburg weiterführen, die sich mit einer außergewöhnlichen Faltung der DNS befasst. Diese Strukturen könnten positive Einflüsse auf das Erbgut haben. Andererseits aber auch Schäden verursachen, die bei Krebs und genetischen Krankheiten eine Rolle spielen. *rr*

Was geschah mit Sinti in der NS-Zeit?

Nationalsozialismus: Projekt zweier Studierender an der Universität Würzburg schließt historische Lücke

Von unserer Mitarbeiterin
PAT CHRIST

WÜRZBURG. Was die Intensität der Verfolgung anbelangt, gab es kaum einen Unterschied: Sowohl Juden als auch Sinti und Roma wurden in der NS-Zeit gnadenlos gejagt. In beiden Fällen begann die Verfolgung bereits 1933. Doch wie viele Sinti und Roma aus Unterfranken waren betroffen?

Bislang wurde dieser Frage noch nicht systematisch nachgegangen. Ein Forschungsprojekt an der Professur für Museologie der Universität Würzburg will dies nun herausfinden. Jeder Art von Diskriminierung und Rassismus gegenüber unterfränkischen Sinti und Roma soll nachgegangen werden, erklären die Masterstudierenden Daniel Best und Sigrid Haller-Rübbeck. Denn ähnlich wie Juden wurden auch Sinti und Roma stufenweise entrechtet und ausgegrenzt.

Schwierige Spurensuche

An Informationen über Sinti und Roma während des Holocausts in Unterfranken zu kommen, gestaltet sich als schwierig. Allein die unterfränkische Verortung sorgt für Herausforderungen. Wer soll darunterfallen? Nur jene Sinti und Roma, die hier geboren sind? Aber wenn sie nur hier gemeldet waren, die Familie aber gleich nach der Geburt weiterzog? Und was ist mit jenen Sinti und Roma, die lediglich regelmäßig in Unterfranken Station machten?

Nach den Namen der verfolgten NS-Opfer zu suchen, ist mühsam, bestätigen die Studierenden. Rund 300 Sinti und Roma aus Würzburg, so Schätzungen, waren Opfer des nationalsozialistischen Völkermords an dieser Minderheit. Namen sind kaum bekannt. Und wie viele waren es aus dem restlichen Unterfranken? Inzwischen haben Best und Haller-Rübbeck 100 Namen von Deportierten nach Auschwitz-Birkenau recherchiert.

Lagerbücher aus Birkenau

Zu den wichtigsten Quellen gehören die Lagerbücher aus dem Zigeunerfamilienlager in Auschwitz-Birkenau. Diese Bücher wurden im Sommer 1944 nach der Auflösung des Lagers von Lagerschreibern hinter einer Baracke vergraben. Zwar schwer beschädigt, existieren sie bis heute. »Außerdem werden wir im Staats- und in den Stadtarchiven suchen«, erläutert Haller-Rübbeck. Wichtige Informanten finden die Nachwuchswissenschaftler zudem bei den fünf Stolperstein-Projekten in Unterfranken sowie im Buch über Würzburger Sinti des Historikers Roland Flade.

Um zu untersuchen, wer in das Zigeunerfamilienlager deportiert wurde, ist schließlich das Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau von Danuta Czech äußerst hilfreich. Hier schauen die Projektmitarbeiter nach, wer an jenen Tagen, an denen bekannte unterfränkische Sinti und Roma ins Lager transportiert wurden, ebenfalls mit einer »Z«-Nummer (für »Zigeuner«) eingeliefert wurde. Wer zum Beispiel kam am 23. März 1944 zusammen mit der siebenköpfigen Familie Heumann aus Würzburg in Auschwitz an?

Die Fälle Z9349 bis 9358

Wann immer die beiden Studierenden in einem Lagerbuch auf einen unterfränkischen Ortsnamen hinter dem Namensbeitrag der deportierten Person stoßen, versuchen sie, an einen Geburtsregisterauszug des jeweiligen Standesamtes zu kommen. Danach folgt der Abgleich mit dem Kalendarium.

So stellte sich im Falle der Familie Heumann heraus, dass am 23. März 1944 insgesamt 20 Sinti und Roma ins Zigeunerlager transportiert wurden. Registriert wurden sie mit den Nummern Z9349 bis Z9358. Wahrscheinlich handelt es sich um Menschen, die ebenfalls aus der Gegend um Würzburg stammen. Was für Best und Haller-Rübbeck heißt, nachzuschauen, an wen die verbleibenden 13 Z-Nummern vergeben wurden. Dies bedeutet, neuerlich die Lagerbücher zu wälzen. Finden sie hier die betreffenden Namen, versuchen sie wiederum, den genauen Geburts- oder Aufenthaltsort herauszufinden.

Weg von reinen Zahlen

Hinter den Namen und Daten stecken schlimmste Erlebnisse. Dies soll am Ende des Projekts auch deutlich werden, so Daniel Best und Sigrid Haller-Rübbeck: »Wir wollen also wegkommen von bloßen Zahlen.«

Auch wenn bisher nur hier und da ein winziges Detail der tatsächlichen Erlebnisse durchschimmert, nehme das Forschungsprojekt sie ziemlich mit, gibt Sigrid Haller-Rübbeck zu. Gerade ist sie dabei, der Geschichte der Familie George nachzugehen. Vier weibliche Familienmitglieder sind im Lagerbuch registriert. Bei der als »Christine« aufgeführten Frau handelt es sich wohl um die Mutter. Die anderen drei Namen gehören möglicherweise ihren Töchtern. Roswite, Sonia und Zitto hießen sie. Roswite war die jüngste der Schwestern. Als sie Ende 1943 in Auschwitz starb, war sie dreieinhalb Jahre alt.



Dieses Mahnmal erinnert an die Würzburger Sinti, die Opfer des NS-Terrors wurden.



Daniel Best und Sigrid Haller-Rübbeck versuchen, die Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma aus Unterfranken zu rekonstruieren. Foto: Pat Christ

Hintergrund: Zeitzegen gesucht

Das vom Bezirk Unterfranken geförderte Forschungsprojekt »Sinti und Roma in Unterfranken« sucht in der Region nach Zeitzegen, die sich an verfolgte Sinti und Roma erinnern. Das können Verwandte, Nachbarn oder auch ehemalige Klassenkameraden sein. Interessant für die Würzburger For-

scher sind Hinweise auf Namen sowie Dokumente aller Art. Wer etwas zu dem Forschungsprojekt beisteuern kann, wendet sich unter **Telefon 0931/31-92355** oder Mail **forschungsprojekt.sinti.in.ufr@uni-wuerzburg.de** an die Professur für Museologie und materielle Kultur in Würzburg. (pat)

Ärzte-Bereitschaft ist in Hessen neu geregelt

Medizinische Versorgung: Die einheitliche Rufnummer 116 117 macht nicht alle Beteiligten glücklich

Von dpa-Mitarbeiterin
SANDRA TRAUER

FRANKFURT. Eineinhalb Jahre wurde darum gerungen, dagegen demonstriert und dafür argumentiert. Die Neuordnung der Bereitschaftsdienste für die 11 000 niedergelassenen Ärzte in Hessen hat nicht nur die Gemüter von Patienten und Medizinern erhitzt. Auch Kommunalpolitiker und Verbände schimpften teils mit.

Mit Beginn des neuen Jahres kommen in der fünften und letzten Ausbaustufe die letzten Regionen dazu. Die Kritik an der Reform ist nicht verstummt, aber leiser geworden.

Das Medikament nicht vertrauen, ein seltsamer Ausschlag oder die »Pille danach«: Das sind keine Fälle für den Notarzt, aber doch dringende Probleme, die nicht bis zum nächsten Morgen warten können. Für solche Fälle gibt es den ärztlichen Bereitschaftsdienst. Die Strukturen dafür waren über die Jahre gewachsen – im Wildwuchs. »Flickenteppich« nannte es der Hausärzteverband: In manchen Gegenden gab es Notdienst-



Die einheitliche Rufnummer 116117 des ärztlichen Bereitschaftsdienstes gilt ab 1. Januar für ganz Hessen. Foto: dpa

zentralen, in anderen vertraten sich Kollegen reihum gegenseitig. Nicht einmal die Vergütung war einheitlich geregelt.

Ab 2015 gibt es in Hessen statt 114 Minizentren 41 offizielle Bereitschaftsdienst-Regionen. Alle Anrufe bei der neuen einheitlichen Rufnummer 116 117 gehen bei zwei Dispositionszentralen in Frankfurt und Kassel ein. Die mehr als 100 Mitarbeiter dort schicken den diensthabenden Arzt vorbei oder lotsen den Patienten zum nächstgelegenen Bereitschaftsdienstszentrale. Für Notfälle ist weiterhin die Rettungsleitstelle mit der Rufnummer 112 zuständig.

Und an dieser Zweiteilung in einen von der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) organisierten

Bereitschaftsdienst und den vom Landkreistag verantworteten Rettungsdienst entzündet sich Kritik. »Wir haben der KV angeboten, alles aus einer Hand zu koordinieren«, sagt der Geschäftsführende Direktor des Hessischen Landkreistags, Jan Hillgardt. »Dieses Angebot wurde leider abgelehnt.« Aus Sicht der Kreise gibt es jetzt eine unnötige Parallelstruktur. »Ein gemeinsames System wäre für den Patienten einfacher und hätte Geld gespart.«

Weniger Dienste, mehr Einsätze

Ein Gegenargument ist, dass auch Fachärzte und Psychotherapeuten Bereitschaftsdienste machen müssen. Man könne von einem Urologen ja kaum erwarten, dass er sich mit Halsinfektionen auskenne, bemängeln Kritiker. Die KV lässt das nicht gelten: Jeder Arzt sei verpflichtet, sich auch außerhalb seiner Fachrichtung so weit auf dem Laufenden zu halten, dass er Bereitschaften übernehmen könne, sagt KV-Sprecherin Petra Bendrich.

Sie mutmaßt, dass bei der Kritik »neben dem Patientenwohl handfeste ökonomische Gründe eine

Rolle spielen«. Mit der Reform werden überall Bereitschaftsdienste gleich vergütet: »solidarisches Finanzierungsmodell« nennt das die KV-Sprecherin. »Dort, wo bisher gute Vergütungen gezahlt wurden, mag das ein Grund für den Widerstand sein.«

Nicht wenige Ärzte, gerade auf dem Land, finden die Reform ganz gut. Selten Bereitschaft zu haben, dann aber gut beschäftigt zu sein, ist für viele attraktiver als häufige Dienste mit wenig Einsätzen, findet der Hessische Hausärzteverband. »Wir Landärzte haben immer ganz neidisch nach Frankfurt geguckt, wo das schon lange so läuft«, sagt Michael Knoll, der zweite Vorsitzende.

Anderer fragen, wieso man funktionierende Strukturen zerschlagen muss, wenn sowohl Ärzte als auch Patienten mit ihnen zufrieden sind. Das gilt besonders in Regionen, die kleinteilig organisiert waren, wo also wenige Mediziner auch außerhalb der Sprechstunden für ihre Patienten gut erreichbar waren. Für Patienten, die fit genug sind, ins Auto zu steigen, werden die Wege länger, gibt auch die KV zu.

Tugces Familie: Stiftung für Zivilcourage

Gesellschaft: Jährlich Preis ausgelobt

OFFENBACH. Die Familie der getöteten Studentin Tugce Albayrak gründet eine Stiftung, die jährlich einen Preis für Zivilcourage ausloben soll. Der Anwalt der Familie sagte zu Weihnachten, dass Tugces Mut und ihre Lebenseinstellung in der Stiftung fortgeführt werden sollen. Seine Kanzlei werde die Stiftung im Namen der Familie ins Leben rufen.

Tugce war Mitte November vor einem Schnellrestaurant in Offenbach niedergeschlagen und so schwer verletzt worden, dass Ärzte sie etwa zehn Tage später für hirntot erklärten. Sie soll zuvor versucht haben, auf der Toilette des Restaurants einen Streit zu schlichten. *dpa*

Polizei sucht Unfallflüchtigen

GEISELWIND. Ein Schleudertrauma hat sich ein 26-Jähriger am Morgen des zweiten Weihnachtsfeiertages auf der A 3 bei Geiselwind (Kreis Kitzingen) zugezogen. Die Polizei sucht den Verursacher des Unfalls.

Gegen 3 Uhr überholte der 26-jährige Fahrer eines Seat Ibiza laut Verkehrspolizei auf der zweispurigen Fahrbahn einen Peugeot, als plötzlich von hinten ein unbekanntes Auto herankam. Dessen Fahrer versuchte, sich in der Mitte zwischen den Wagen hindurchzuzwängen. Dabei berührte er die beiden Autos. Der Seat kam ins Schleudern und prallte in die Außenleitplanke.

Der Unfallverursacher fuhr nach dem Vorfall einfach weg, ohne sich um den Schaden, den die Polizei auf 10000 Euro schätzt, zu kümmern. *fka*

Hinweise an die Polizei:
Tel. 09302/910-130

Feuer in Scheune: Brandstiftung?

BROMBACHTAL. Rund 70000 Euro Schaden: Brennende Strohballen in einer Scheune haben die Feuerwehr in Brombachtal im Odenwaldkreis in der Nacht zum Donnerstag auf Trab gehalten.

Ein Nachbar hatte den Brand am späten Mittwochabend bemerkt und die Rettungskräfte alarmiert. »Wir gehen von Brandstiftung aus«, sagte ein Polizeisprecher in Darmstadt.

Als die Feuerwehr eintraf, brannte die Scheune bereits lichterloh. Die Einsatzkräfte waren auch am frühen Donnerstagmorgen noch damit beschäftigt, Reste der Strohballen aus der Scheune zu transportieren und abzulösen. Anwohner wurden gebeten, Fenster und Türen geschlossen zu halten. Etwa 250 Strohballen und Teile des Daches waren nach Angaben des Sprechers nicht mehr zu retten. *dpa*

ÜBRIGENS

Dreifach gesehen?

WÜRZBURG. Dachte der Betrunkene, der in der Nacht auf Freitag in Würzburg unterwegs war, wohl, dass er nur einen Mann vor sich hat und schon dreifach sieht? Gut möglich, denn bei dem »Gegner« des alkoholisierten Schlägers handelte es sich um Drillinge. Der 18-Jährige griff die 22-Jährigen gegen 4 Uhr laut Polizei grundlos an und verletzte sie im Gesicht. Der Schläger hatte einen Alkoholwert von 2,4 Promille und kam erst einmal zum Ausnüchtern in eine Zelle. *fka*